

Nr.	Thema	Fragen	Antworten von Bernhard Clasen (DIE LINKE)
1.	Abgaben „Aufbau-Ost“	Seit Jahren leistet Mönchengladbach finanzielle „Unterstützung“ für den „Aufbau-Ost“ und muss diese finanzielle Millionen-Belastung über Kredite finanzieren.	
1.1		Wissen Sie / Weiß jemand, wo diese Finanzmittel hin fließen?	<i>Viele finanzielle Mittel sind vor allem in die Verbesserung der Infrastruktur geflossen, Natur- und Landschaftsschutz ...</i>
1.2		Wie lange muss Mönchengladbach die Zahlungen noch leisten?	<i>Der Solidarpakt II läuft noch bis ins Jahr 2019. DIE LINKE möchte die Mittel bis dahin sichern und im Rahmen regionaler Leitbilder gezielt einsetzen.</i>
1.3		Was wollen Sie als Mönchengladbacher Bundestagsabgeordneter tun, damit diese Zahlungen nicht mehr geleistet werden?	<i>s.o.</i>
2.	Föderalismus	Wenn man in Deutschland von einem Bundesland in ein anders umziehen muss, dann muss der Schüler mit einem Wechsel des Schulsystem rechnen. Hinzu kommen neue Bücher (es gibt keine bundeseinheitlichen Schulbuchstandards).	
2.1		Wollen Sie sich für ein länderübergreifendes Bildungssystem einsetzen?	<i>Ja. DIE LINKE möchte eine grundlegende demokratische Bildungsreform, in dem Bildung als eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen begriffen wird. Nachteile aufgrund von verschiedenen Länderregelungen dürfen nicht mehr sein.</i>
2.2		Welches Bildungssystem hat nach Ihrer Auffassung eine Zukunft?	<i>Wir möchten das Modell der Gemeinschaftsschule, also gemeinsames Lernen bis zur Klasse 10 bundesweit als Regelschule etablieren. Es muss außerdem ein inklusives Bildungssystem sein, das auf allen Ebenen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, MigrantInnen Chancengleichheit sichert. Zudem wollen wir Ganztagschulen fördern.</i>

Nr.	Thema	Fragen	Antworten von Bernhard Clasen (DIE LINKE)
3.	Atommüll	Vor Sizilien wurde illegal gelagerter Atommüll entdeckt, woran offensichtlich auch die Mafia beteiligt war.	
3.1		Wie wollen Sie Einfluss darauf nehmen, dass Atommüll „generationensicher“ gelagert wird und „Atommüll-Tourismus“ ausgeschlossen wird?	<p><i>Wenn die alten Ägypter Atomkraftwerke gebaut hätten, müssten wir noch heute deren Müll bewachen.</i></p> <p><i>Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke in Deutschland werden die Mengen des anfallenden Atommülls nach Berechnungen der Bundesregierung um etwa ein Drittel erhöhen.</i></p> <p><i>Wer längere Laufzeiten für Atomkraftwerke fordert, handelt gegenüber den nächsten Generationen verantwortungslos.</i></p> <p><i>Da ich als Politiker nicht in Zeiträumen von vier Jahren, sondern Generationen denke, lehne ich die menschen- und umweltfeindliche Atomenergie ab.</i></p> <p><i>Um „Atommüll-Tourismus“ zu vermeiden, müssen Konzerne wie RWE einer stärkeren gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden.</i></p> <p><i>Die RWE-Tochter „Urenco“ versandte tausende von Tonnen abgereicherten Atommülls nach Russland, wo er in der geschlossenen Stadt Nowouralsk, „geschützt“ vor einer kritischen Öffentlichkeit, in rostenden Fässern unter freiem Himmel lagert. Noch im September 2009 gingen tausend Tonnen Atommüll von „Urenco“ nach Russland.</i></p> <p><i>Der RWE-Konzern plant schon seit längerer Zeit den Einstieg in das bulgarische Atomkraftwerk Belene. Dass dieses in einem erdbebengefährdeten Gebiet liegt, scheint RWE nicht zu stören.</i></p> <p><i>Was zählt ist einzig und allein der Profit.</i></p>

Nr.	Thema	Fragen	Antworten von Bernhard Clasen (DIE LINKE)
4	Braunkohle- kraftwerke	In welchem Umfang fördert der Bund den Bau weiterer Braunkohlekraftwerke?	<i>Der Bund fördert Braunkohlekraftwerke über den Emissionshandel. Hier sind Kohlekraftwerke deutlich besser gestellt als andere Formen der Energieerzeugung wie zum Beispiel Erdgaskraftwerke. Länder fördern zum Teil auch mit Investitionszuschüssen den Bau von Braunkohlekraftwerken. DIE LINKE fordert einen geregelten Ausstieg aus der Kohleverstromung und wendet sich gegen neue Braunkohletagebaue. Der Emissionshandel muss dazu grundlegend reformiert werden, bislang setzt er eher Anreize für statt gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke.</i>
5	Mindestlohn / ALG II	Mönchengladbach hat eine sehr hohe Anzahl von Bürgern, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Vielfach müssen die Löhne aufgestockt werden, damit die Menschen ein Grundeinkommen in Höhe eines ALGII-Empfängers überhaupt erreichen. De facto werden so viele Branchen vom Staat subventioniert.	
5.1		Was spricht Ihrer Meinung nach für „Mindestlohn“?	<i>Ein gesetzlicher Mindestlohn garantiert, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, er schließt die Tore für Niedriglöhne und stoppt deren Subventionierung von staatlicher Seite („Aufstocker“). Er sichert eine Rente, von der man im Alter auch leben kann.</i>
5.2		Was spricht Ihrer Meinung nach gegen „Mindestlohn“?	<i>Nichts</i>
5.3		Sind Ihrer Meinung nach Nachbesserungen beim ALGII notwendig und wenn ja, welche?	<i>Ja. Der Regelsatz soll auf 500 Euro angehoben werden und in dem Maße steigen, wie auch die Lebenshaltungskosten steigen. Perspektivisch wollen wir die Einführung einer bedarfsdeckenden Mindestsicherung.</i>
5.4		Sind Sie für eine Beteiligung des Bundes an den Mietkosten für ALGII-Empfänger; wenn nicht, warum nicht?	<i>DIE LINKE fordert eine an den tatsächlich entstandenen Kosten orientierte Beteiligung des Bundes, was sowohl der Bund als auch alle anderen Fraktionen im Bundestag ablehnen.</i>

Nr.	Thema	Fragen	Antworten von Bernhard Clasen (DIE LINKE)
			<p><i>Der Bund darf nicht weiterhin den Druck auf die Kommunen und somit auf die Betroffenen zur Reduzierung der Kosten der Unterkunft weiter erhöhen. Das ist unsoziale Politik.</i></p>
6	JHQ	Der Bund hinterlässt Mönchengladbach nach Abzug der Militärs aus dem JHQ ein Areal, das nur schwer einer zukunftssträchtigen Nutzung zugeführt werden kann.	
			<p><i>Nach Vorstellungen der Partei DIE LINKE sollte das Gelände renaturisiert werden. Es sollte als Naherholungsgebiet dienen und die Möglichkeit einer Verbindung von Kunst und Natur offen halten</i></p>
6.1		Kann dieses Areal beim Bund belassen werden und wenn nicht, warum nicht?	<p><i>Das Gebiet ist Teil der Stadt Mönchengladbach. Nach der Zweckentfremdung sollten die Menschen in Mönchengladbach wieder bestimmen können, wie das passiert.</i></p>
6.2		Wer trägt die Abriss-/Sanierungskosten der Immobilien und des kontaminierten Erdreiches?	<p><i>Jeder Mieter muss nach Auszug aus der Wohnung für die Schäden gerade stehen, die er angerichtet hat. Warum sollte diese Pflicht nicht auch für die NATO gelten?</i></p>
6.3		Welche finanziellen Unterstützungen sind vom Bund / vom Land zu erwarten?	<p><i>Zuerst sollten die Verträge offen gelegt werden, auf deren Grundlage damals dem Militär das Gelände überlassen wurde. Beinhalteten diese Verträge zum Beispiel ein Rückgabepassus oder Aussagen zu Entschädigung?</i></p> <p><i>Klar sollte sein, dass Mönchengladbach nicht mit Kosten für den Rückkauf bzw. die Rückübertragung belastet werden sollte. Ansonsten sollten Bund und Land Zuschüsse für das Renaturisierungskonzept übernehmen, weil klar ist, dass durch die zwischenzeitliche militärische Nutzung eine natürliche Entwicklung dieses Gebietes verhindert wurde. Auch hier sollte das Verursacherprinzip gelten.</i></p>